A-09-225-4 Für Frieden in Freiheit. Konsequent europäisch Handeln.

Antragsteller*in: Niklas Wagener (KV Aschaffenburg-Stadt)

Änderungsantrag zu A-09

Von Zeile 224 bis 226 einfügen:
Infrastruktur, eine verbesserten Drohnenabwehr und Investitionen in unsere Sicherheitsbehörden. Dabei müssen wir die Erfahrungen der Ukrainer*innen nutzen. Wenn alle mit anpacken, wird Sicherheit zur gemeinsamen Aufgabe.
Sicherheit braucht nicht nur Technik und Strukturen, sondern Menschen, die Verantwortung übernehmen.
Wir treten dafür ein, die gesellschaftliche Resilienz Deutschlands durch ein neues Gemeinschaftsprojekt zu stärken: ein Gesellschaftsjahr für alle Generationen.
Es soll militärische, zivile und soziale Einsatzfelder umfassen – von Bundeswehr und Katastrophenschutz über Pflege, Bildung und Umwelt bis hin zu europäischem Engagement. Dafür müssen die bestehenden Freiwilligendienste – vom freiwilligen Wehrdienst über den Bundesfreiwilligendienst bis zu FSJ und FÖJ – deutlich ausgebaut und aufgewertet werden.
So entstehen die Kapazitäten und Strukturen, die ein späteres, verpflichtendes Gesellschaftsjahr überhaupt möglich machen.
Ein solches Gesellschaftsjahr kann Freiheit und Demokratie erlebbar machen, den Zusammenhalt fördern und zugleich die personelle Basis unserer zivilen und militärischen Schutzstrukturen verbreitern.
Der Deutsche Bundestag soll eine Enquetekommission „Gesellschaftsjahr – Verantwortung, Sicherheit und Zusammenhalt im 21. Jahrhundert“ einsetzen, um verfassungs-, europarechtliche und gesellschaftspolitische Grundlagen zu prüfen und tragfähige Modelle zu entwickeln.
Dabei sollen neben Politik, Trägern und Wissenschaft auch die Zivilgesellschaft und insbesondere junge Menschen aktiv eingebunden und angehört werden. Als Bündnis 90/Die Grünen haben wir die Stärkung des Zivil- und

Begründung

Unsere Demokratie und Sicherheit hängen von gesellschaftlicher Resilienz ab. Ein Gesellschaftsjahr verbindet Verteidigungs-, Zivil- und Gemeinwohlaufgaben und stärkt das Bewusstsein, dass Freiheit und Demokratie gemeinsame Verantwortung sind. Dafür müssen die bestehenden Freiwilligendienste – ob zivil, ökologisch, sozial oder militärisch – deutlich gestärkt und ausgebaut werden, um Kapazitäten und Strukturen aufzubauen. Sie sind das Fundament für ein späteres Gesellschaftsjahr, das gesellschaftliche Teilhabe, Zusammenhalt und Resilienz fördert. Eine Enquetekommission des Deutschen Bundestags soll verfassungskonforme Modelle entwickeln – unter Beteiligung von Zivilgesellschaft und jungen Menschen.

weitere Antragsteller*innen

Robin Wagener (KV Lippe); Anton Hofreiter (KV München-Land); Janosch Dahmen (KV Ennepe-Ruhr); Katharina Fegebank (KV Hamburg-Nord); Till Steffen (KV Hamburg-Eimsbüttel); Tina Winklmann (KV Schwandorf); Ophelia Nick (KV Mettmann); Tarek Al-Wazir (KV Offenbach-Stadt); Sebastian Schäfer (KV Esslingen); Norman Böhm (KV Hamburg-Altona); Maximilian Mattig (KV München-Land); Ekin Deligöz

(KV Neu-Ulm); Jona Gärtner (KV Aschaffenburg-Land); Miriam Bergmann (KV Aschaffenburg-Land); Jakob Hörauf (KV Ansbach); Lucas Pöllinger (KV Schwandorf); Benjamin Kaufmann (KV München); Miriam Louise Carnot (KV Leipzig); Henrike Hahn (KV München); sowie 38 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.